# Die „Hungerkatastrophe" der Jahre 1770 bis 1772 in der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd

Überlegungen zu einer „Verknappungskrise" am Ende des 18. Jahrhunderts

Klaus Jürgen Herrmann

Am 5. April des Jahres 1771 vermerkte der Guardian des Gmünder Franziskanerklosters in seiner hauseigenen Chronik den Höhepunkt einer anscheinend allgemeinen Not: *„In disem Jahr war eine sehr große Theuerung und Mangel an Früchten und Brod ... Der Mangel oder die Noth ware so groß, daß man nur für Hunger sterben, das Brot hat aufgetheilet ... Haben aber vile offt 2 biß 3 Tage kein Stücklein Brod bekommen und haben ... Noth leyden müssen"* (Chronik des Franziskanerklosters in Gmünd, Photokopie Stadtarchiv Gmünd fol. 140). Es war dies die Spitze einer der großen Versorgungskrisen des 18. Jahrhunderts, die ganz Europa in Mitleidenschaft zogen. *„Die Ursachen der Teuerung zu Beginn der 1770er Jahre"* und damit die Verknappung des Getreides *„liegen offen zutage, soweit sie natürlichen Ursprungs waren. Dafür haben die Chronisten gesorgt, die gern und reichlich Witterungsverhältnisse beschrieben haben"* (W. Abel, Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa, 1974, 200). Der Gmünder Chronist Franz Xaver Debler vermeldete zum Jahr 1769 etliche *„Wetterstreiche"*, zum 4. August ein *„ziemliches Erdbeben"*, Stürme und Überschwemmungen (vgl. K. J. Herrmann, Wetterbeobachtungen in der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd im ausgehenden 18. Jahrhundert. ostalb-einhorn 66/1990, 117) und kam als Geistlicher zu dem moralisierenden Schluß: *„Es scheint, alle vier Elemente beginnen sich wider das boshafte Menschengeschlecht zu empören"* (F. X. Debler, Chr. 144). Dementsprechend schlecht fiel die gesamte Ernte des Jahres aus: Zum 19. Dezember vermeldete Debler den Einstieg in die folgenden beiden schlechten Jahre mit der lapidaren Feststellung: *„Ein große Theuerung dahier"*. Das ganze Frühjahr 1770 blieb verregnet, in der Konsequenz auch verspäteter Schneefälle kam das Korn verspätet in den Boden, die Saat ging in der Regel nicht mehr auf (U. Schmidt, Südwestdeutschland im Zeichen der Französischen Revolution, 1993, 35), eine Mißernte zeichnete sich ab.

Der Ursprung dieser *„Verknappungskrise"* hatte auch noch andere Ursachen als das Wetter. Allgemeines Ansteigen der ländlichen Bevölkerungszahl bei gleichbleibender Bearbeitung des Bodens mit zwar etwas steigenden Hektarerträgen konnte in Zeiten nachfragenden Bedürfnisses – etwa bei Wettereinbrüchen oder Folgen von Kriegshandlungen – die Bevölkerung nicht mehr ernähren (Abel, Massenarmut 191 ff.), die sich in der Regel mit Getreidespeisen im weitesten Sinn versorgte. Die Bevölkerung drängte sich relativ dicht auf der ackerbaufähigen Landmasse, die Erträge waren im großen und ganzen nicht sehr intensiv. Die Folgen waren Hungersnöte, die die agrarhistorische Forschung in Anlehnung an die französische Geschichtsschreibung als „Krisen älteren Typs" bezeichnet, Krisen also, die noch nicht von Stockungspannen des industriellen Absatzes herrühren, sondern witterungsbedingt waren. (Vasold, Pest 192)

Es kam ein weiterer Umstand hinzu: Während die Getreidepreise wegen des Mangels und der Nachfrage kontinuierlich stiegen, blieben die Fleischpreise konstant oder zogen

nur wenig an. Das Eßverhalten der Bevölkerung änderte sich dagegen nicht: Der Fleischkonsum blieb in den Jahrzehnten vor und nach 1800 außerordentlich mäßig (M. Vasold, Pest, Not und schwere Plagen, Seuchen und Epidemien vom Mittelalter bis heute, 1991, 194). Und noch ein Kuriosum: Während sonst fast überall in Deutschland infolge dieser *„Verknappungskrise"* an Getreide zumal in den Städten die Teuerung allgemein wurde und in der Folge Arbeitslosigkeit nach sich zog, erfreute sich die Reichsstadt an der Rems eines allgemeinen Geschäftsbooms. *„Wegen dieser Teuer"*, so vermerkte der Chronist Dominikus Debler in seiner Chronik der Stadt, *„hat man sich aber wenig daraus gemacht, es gab viel Arbeit, die Handlung ging, es war kein Geldmangel, jedermann hatte Geld und konnte sich was verdienen ..."* (D. Debler, Chron. V/1, 333).

Zwischen beiden Extremen *„jedermann hatte Geld ..."* und der Aussage des Franziskanerguardians: *„Der Mangel oder die Noth ware so groß, daß man nur für Hunger sterben konnte"* steht eine weitere vergleichende Aussage eines Gmünder Zeitgenossen, des Stiftsdekan an der Hl. Kreuz-Kirche F. X. Debler gegenüber, der zur *„Verknappungskrise"* bemerkte, hätte man nicht von auswärts Brotgetreide hinzugekauft, *„wäre der Hunger bei schlechten und gemeinen Leuten unvermeidlich gewesen"* (F. X. Debler, Chronik 145). War die Hungerkrise der Jahre 1770–72 in Schwäbisch Gmünd also nur für die unteren Schichten eine Krise? Betraf sie alle Bevölkerungsschichten, und wie hat der Magistrat darauf reagiert?

Gehen wir das Problem zuerst von einer anderen Seite, der Lohn- und Kostenseite an. Die Gehälter der städtischen Bediensteten blieben während des gesamten skizzierten Zeitraumes im wesentlichen konstant: Ein Amtsbürgermeister verdiente im Jahr – ohne besondere Zugaben wie Holz- und Sitzungsgelder – 1000 Gulden, eine Bürgermeisterswitwe erhielt dagegen lediglich 80 Gulden Witwengeld, eine Pension, die es offiziell nicht gab und die als Gratial – also ein freiwilliges Geld – genehmigt oder abgelehnt werden konnte. Der zweite Stadtarzt z. B. verdiente schon viel weniger als der Bürgermeister, nämlich 240 fl. im Jahr, wobei seinem Gehalt noch Diäten bei Krankenbesuchen und Arzneiverschreibungen hinzuzurechnen sind. Ganz ärmlich sieht es auf den unteren Rängen der Besoldungslisten aus: Die Grätmagd erhielt vierteljährlich 40 Kreuzer, der Amtsknecht in Bettringen immerhin noch 9 Gulden (STR I und II, 1770). Dem stand in normalen Friedens- und Erntezeiten ein Brotpreis für ein 4pfündiges Laib Brot von ca. 9 bis maximal 13 Kreuzer gegenüber. Die weitere Preisliste – etwa für ein Normaljahr wie 1774 – verzeichnete für jeweils ein Pfund guten Ochsenfleisches 6 Kreuzer bis herunter zum minderwertigeren Bockfleisch zu 4 Kreuzer (RP 1774 geh. fol. 188 vom 16. März). Ein Roggenbrotpreis von über 30 Kreuzer, wie er im Juli 1771 auf dem Markt verzeichnet wurde (RP 1771 geh. fol. 81 vom 3. Juli), betraf – stellt man 60 Kreuzer für einen Gulden in Rechnung – weiteste Schichten der Gmünder Stadt- und Landbevölkerung und zwang den Magistrat zum Handeln. Am Anfang der Verknappungskrise suchte man den Mangel mit bürokratischen Mitteln zu steuern, hoffend, daß die Sommerernte des Jahres 1770 besser ausfallen würde. Dennoch verzichtete man auch jetzt nicht darauf, dem Nachbarn Württemberg bei seinen *„Verknappungsschwierigkeiten"* weitere Schwierigkeiten zu bereiten: Beim Durchtransport württembergischer Getreidetransporte durch Gmünder Territorium verzichtete man noch im Januar 1770 nicht darauf, Zoll zu erheben (RP 1770 ganz fol. 1 vom 18. Januar), eine ganz überflüssige Maßnahme, die noch dadurch verschärft wurde, daß man z. B. den Verkauf eines Wagens mit Korn aus Iggingen an den württembergischen Schultheißen von Mögglingen im selben Monat besonders ahndete (RP 1770 geh. fol. 8 vom 13. Januar). Die Folge bestand darin, daß Württemberg das *„freie commer-*

„Der Bäcker“ – aus dem Ständebuch des Christoph Waigel, Regensburg 1698.




*cium*“ mit der Reichsstadt aufkündigte und die Stadt vom „freien Verkehr“ mit ihren Ländern abschnürte oder ebenfalls durch Zölle beschwerte.

Noch erkannte man von Gmünder Seite den Ernst der Lage nicht voll. *„Wegen erlittenen großen Wetters“* blieben etwa die Bauern von Weiler i. d. B. und Hertlinsweiler *„bis auf die künftige Ernte“* von der Zwangseintreibung ihrer Abgaben befreit, eine Maßnahme, die sich in der Folge als ebenso illusorisch erwies wie die Gemeinde in Hussenhofen aufzufordern, dem Hl. Geist Spital den schuldigen Zehentzins statt in Getreide in Geld abzubezahlen: Es war weder Geld – und was noch schlimmer war – noch Getreide vorhanden, die Exekutionsdrohung mußte als leere Warnung angesehen werden (RP geh. 1770 fol. 4 vom 4. Januar; RP geh. 1770 fol. 12 vom 24. Januar; RP 1770 geh. fol. 12 vom 24. Januar). Inzwischen eröffneten die Bäcker in der Reichsstadt im Februar 1770 eine innere Front gegen den Magistrat: Lauthals beschwerten sie sich über das Geschäftsgebaren fremder Bäcker, die ihr ausländisches Brot auf dem Gmünder Markt wohl etwas billiger wie sie verkauften und so ihren Gewinn schmälerten (RP 1770 geh. fol. 20 vom 18. Februar).

Der Magistrat reagierte immer noch halbherzig. Am 28. März wurde der Preis für das

Laib Brot von 13 auf 14 Kreuzer erhöht (RP 1770 geh. fol. 38 vom 28. März), am 4. April zur Beruhigung der Gmünder Bäcker aber dem Hofmeister Debler beim Siechenhospital St. Katharina verboten, in Zukunft noch württembergisches Brot einzukaufen (RP 1770 geh. fol. 40 vom 4. April). Der große Umschwung von seiten des Gmünder Magistrats in seiner Getreidepolitik erfolgte dann im Juli 1770, als zu erkennen war, daß auch die diesjährige Ernte schlecht werden würde oder ganz ausfiel. Am 18. Juli 1770 sprang der Brotpreis von 13 auf 18 Kreuzer (RP 1770 geh. fol. 84 vom 18.7.): Zugleich verordnete die Stadtversammlung, daß in Zukunft alles Getreide in die städtische Schranne, das Kornhaus oder das Gräthaus, abzuliefern und nicht mehr privat zu verkaufen sei; Übertreter dieser Anordnung – die es natürlich gab – wurden vom Magistrat bestraft wie etwa der Bruder des Müllers von Unterböbingen, der auch weiterhin in seinem Haus verkauft hatte (RP 1770 geh. fol. 82 vom 14. Juli; fol. 81 vom 11. Juli; RP 1770 ganz fol. 50 vom 24. Juli). Der weitere Beschluß, alle Steuern von der Landbevölkerung in Zukunft in natura – also entweder in Getreide oder Früchten – einzuziehen, zeigte wie die nunmehrige Erlaubnis für alle württembergischen Bäcker, so viel Brot wie sie konnten, auf dem Gmünder Markt verkaufen zu dürfen, die wirklich desolate Versorgungslage. Ein ungeklärtes Geheimnis bleibt allerdings, warum die Gmünder Schranne so geplündert war: Hatte man keine oder nur eine mangelhafte Vorratshaltung betrieben, hatte man gar Getreide 1768/69 ins hungernde Frankreich verkauft, obwohl in Gmünd selbst im Jahr 1767 Knappheit an Getreide geherrscht hatte? Inzwischen stieg der Brotpreis auf 19 Kreuzer Ende August 1770 (RP 1770 geh. fol. 104 vom 29. August).

*„Wegen der eingefallenen Theuerung"* richtete sich nun der geballte Zorn der Bevölkerung gegen zwei Berufsgruppen, denen man im wesentlichen diese Teuerung in die Schuhe schieben wollte: den Müllern und Bäckern. Beide Berufsgruppen verdächtigte man, die Verknappung künstlich herbeizuführen, um über steigende Brotpreise finanziell um so kräftiger absahnen zu können. Der Rat wußte sich nunmehr augenscheinlich wirklich keine Hilfe mehr. Eine offizielle Untersuchungsdelegation überprüfte am 1. September die Vorratsbestände der Müller: Man fand natürlich keine großen Mengen vor und öffnete deshalb die nur karg gefüllte städtische Schranne. Die Hälfte des vorhandenen Getreides wurde den Bäckern in der Stadt, die andere Hälfte den Bürgern verkauft (RP 1770 geh. fol. 107 vom 1. September; eine Visitation wurde am 7. September auch bei den Bäckern vorgenommen, RP 1770 geh. fol. 107)

Aber auch diese Maßnahme griff nicht. Der Rat der Stadt mußte am 7. September den Brotpreis um 4 Kreuzer auf 23 Kreuzer erhöhen (RP 1770 geh. fol. 107), obwohl inzwischen außerhalb von Gmünd angekaufte Getreidemengen am 15. September in der Stadt eintrafen (RP 1770 geh. fol. 111 vom 15. September), stieg der Preis für ein Laib Brot am 26. September auf 25 Kreuzer – und das, obwohl man das Brotgewicht für den Laib von 4 auf 3 Pfund herabgesetzt hatte (RP 1770 geh. fol. 114 vom 19. September; RP 1770 geh. fol. 111 vom 15. September). Das Pfund guten Schweinefleisch kostete zu dieser Zeit gerade einmal 8 Kreuzer (RP 1770 geh. fol. 115 vom 19. September). Prompt verlangten die reichsstädtischen Soldaten und Offiziere einen Inflationsausgleich, eine Aufstockung ihres ihnen zustehenden Brotgeldes (RP 1770 geh. fol. 117 vom 28. September). Sie erhielten ihren Brotpfennig wie die anderen Gmünder Rathausbediensteten statt in natura in Geld ausbezahlt (RP 1770 geh. fol. 126 vom 17. Oktober).

Inzwischen suchte man fieberhaft Getreide hinzuzukaufen. Am 5. September 1770 starteten der Gmünder Rösslewirt Joseph Beck und der städtische Syndikus Rein zu einer Hamstertour nach Crailsheim, Schwäbisch Hall und Comburg, um dort für 2000 Gulden




*„Der Kornwucher", Kupfer von Daniel Hopfer 1584, aus „Georg Steinhauser, Kaufleute und Handelsherren in alter Zeit"*

Getreide aufzukaufen (RP 1770, geh. fol. 107 vom 5. September), und das in eine Gegend, die von der Getreideverknappung noch mehr als die Gmünder Gegend betroffen war; wohl auf dem Hin- oder Rückweg kaufte der Syndikus auch in Schrezheim und Niederalfingen ein, mußte aber erkennen, daß *„die erkaufſte Kern gueth böß untereinander meliret"* – also nicht gerade erste Qualität war (RP 1770 ganz fol. 65 vom 11. September). Eine weitere Getreidereise führte den Syndikus nach Öffingen (RP 1770 ganz fol. 81 vom 5.11.) und in den Odenwald (RP 1770 ganz fol. 81 5. November). Aber auch die private Konkurrenz schlief nicht, versprach man sich doch mit dem Handel gutes Geld zu verdienen. Bereits am 11. Oktober akzeptierte der Rat ein Kornangebot aus Aalen (RP 1770 ganz fol. 74 v. 11. Okt.) und aus Furcht vor den schnelleren privaten Kornhändlern verbot der Gmünder Magistrat seinen Bürgern, dort Getreide aufzukaufen, wo er selbst aufkaufte, bei Androhnung des Verlustes des Bürgerrechtes (RP 1770 ganz fol. 81 v. 5.11.). Trotz aller dieser Anstrengungen, Getreide von außen einzuführen, stieg der Brotpreis jetzt auf bedrohliche 26 Kreuzer am 7. November (RP 1770 geheim fol. 140). Diesen Umstand machten sich unlautere Spekulanten und Brotverderber zunutze: Obwohl der Brotpreis von 26 Kreuzern ein vom Magistrat gestützter, also unechter Brotpreis war, verkaufte Benedikt B. aus Gmünd ein Dumpingbrot um die Hälfte, also für 13 Kreuzer. Das Brot war allerdings „ungenießbar", wohl mit allerhand unsauberen Mitteln gestreckt. B. wurde gestraft, kam mit allerdings nur 50 fl Geldbuße noch glimpflich davon (RP 1770 geheim fol. 143 vom 14.11.)

Am 14. November 1770 ging man dann von städtischer Seite dazu über, die Not durch eine Institution zu steuern. Man setzte eine städtische Fruchtkommission ein – ihr gehörten der Kannengießer Daiber, Johannes Daiber, der Löwenwirt Johannes Hans Weiß und der Goldschmied Jakob Messerschmidt an, deren Aufgabe darin bestand, für die Stadt Getreide aufzukaufen – und der man als Fachberater noch vier städtische Bäcker zugesellte (RP 1770 geh. fol. 143 v. 14.11.). Gleichzeitig erging ein Verbot an alle privaten Kornhändler, in gmündischen Orten Getreide aufzukaufen. Damit hatte der Magistrat in merkantilistischer Art allen anderen das verboten, was er für sich selbst in Anspruch nahm: Dort aufzukaufen, wo es der Markt hergab (RP 1770 geh. fol. 146 v. 14.11.).

Den ganzen November schwärmte nun die Kommission aus: Nach Schwäbisch Hall, Ulm und Rothenburg a. Kocher (RP 1770 ganz fol. 84 v. 14.11., fol. 85 v. 14.11.), ohne daß offensichtlich große Erfolge erzielt werden konnten. Eine größere Menge Korn transportierten noch Ende November die privaten Kornhändler Fischer, Weltle und Kienhöffer in die Stadt. Das Getreide wurde den Bäckern so abgegeben, daß der inzwischen illusorisch gewordene Brotpreis wenigstens gehalten werden konnte – ein Teil der Lieferung wurde auch frei an die Bürgerschaft verkauft; die nicht unbeachtliche Differenz zwischen teurem Einkauf und verbilligter Abgabe trug der Stadtsäckel (RP 1770 geh. fol. 148 v. 24.11.). Zum bevorstehenden Nikolaus- und Weihnachtsfest erlaubte der Magistrat den Bäckern aber wenigstens, *„mürbes Brot“* – also eine Art Süßgebäck – als Festgebäck zu backen (RP 1770 geh. fol. 151 v. 28.11.).

Die Lage und die Getreideversorgung verschlimmerten sich in den nun kommenden Wintermonaten. Anfang Januar richtete man für alle Bürger eine zentrale Bäckerei im Waisenhaus ein, die mehr als einmal schlechtes Brot lieferte (RP 1771 geh. fol. 77) und den übrigen Bäckern in der Stadt Anlaß zu erbittertem Konkurrenzkampf gab, um mit den Preisen im Waisenhaus mithalten zu können (RP 1771 geh. fol. 16 a v. 1.2.). Ende Januar 1771 mußte der Magistrat noch weiter gehen: Für die ganz Bedürftigen wurde jetzt beim Spital ein zusätzliches *„Armenhäusle“* eröffnet, bei dem ausgesuchte Personen sich wöchentlich ihre Brotlaibe abholen konnten (RP 1771 geh. fol. 15 v. 30.1.), nicht zuletzt unter dem Eindruck, daß in der Stadt sich die Korndiebstähle vermehrten (RP 1771 geh. fol. 11 v. 26.1.). Der wohl dreisteste Einbruch dieser Art geschah am 31. Juli in der Grät, als man bei der verwitweten Grätmeisterin Rosina Jauffert gewaltsam einbrach und das dort vom Magistrat eingelagerte Mehl fortschleppte. Die Untersuchung fiel für die Grätmeisterin nicht allzu günstig aus. Nach dem Urteil der Verwaltung mußte sie die Hälfte des gestohlenen Mehls aus eigener Tasche bezahlen (RP 1771 geh. fol. 104 v. 31.7.).

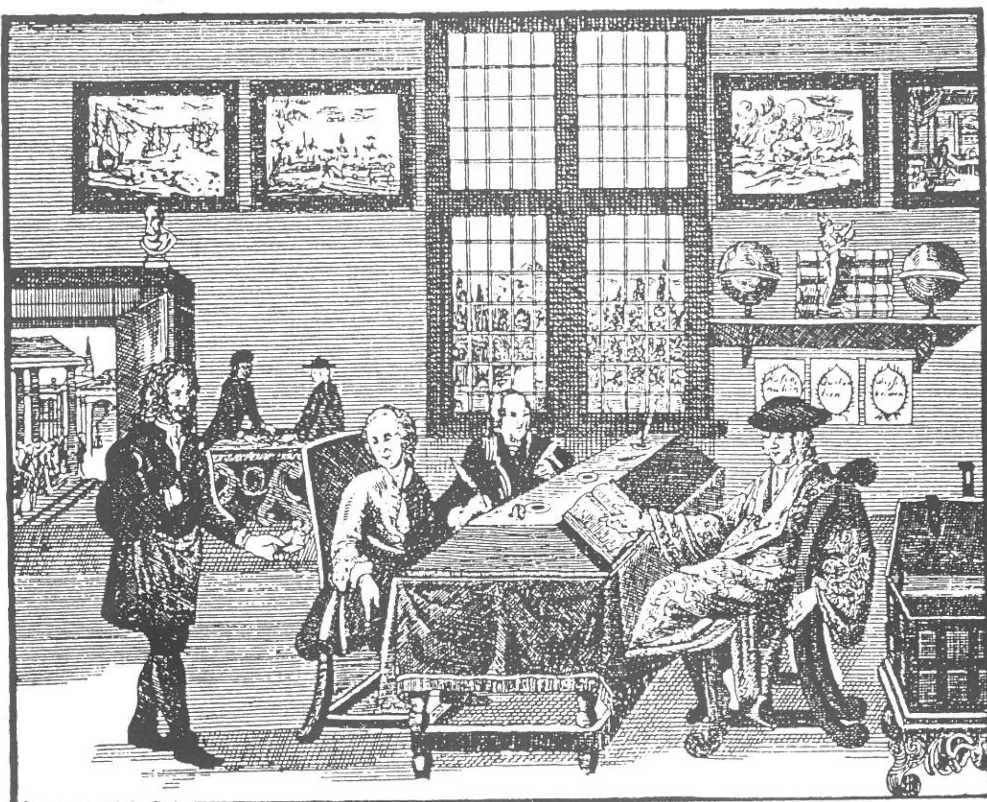
Daß Not erfinderisch macht, bewiesen Anfang Februar 1771 zwei hiesige Schneider, die auswärts gekauftes *„Türkenkorn“* (= Mais) zu Brot verarbeiteten und auf dem Wochenmarkt verkauften. Um den einmal festgesetzten Brotpreis nicht ins Wanken zu bringen, verbot der Magistrat erneut, fertiges Brot oder Wecken von außerhalb in die Stadt zu verkaufen (RP 1771 geh. fol. 20 v. 9.2.). Verstärkt gingen auch die klösterlichen Institute und das Hospital zu Armenspeisungen über. Während die Klosterfrauen von St. Ludwig selbst so arm waren, daß sie von der Stadt mit Brot und Mehl unterstützt werden mußten (RP 1771 geh. fol. 62 v. 3.5.), richteten zumindest auch die Franziskaner bis März 1771 eine eigene Brotausgabestelle ein, die sie aber auf dringendes Ersuchen der Stadt aufgaben und ihren Anteil der *„gemeinen Bix“*, also der allgemeinen städtischen Wohlfahrt überließen (Franziskanerchronik S. 141). Das Spital zum Heiligen Geist selbst gab im Abrechnungszeitraum vom 1. Mai 1771 bis 1. Mai 1772 für die armen Pfründner, also die Spitaliten, nicht weniger als 24492 Laible weißen Brotes, für „Armenhäusler und Bettelmen-

schen“ noch immerhin 13104 schwarze Laible Brot aus (Spitalrechnung 1771/72 fol. 165).

Während man Anfang März 1771 den Bauern die Saat nur noch gegen bares Geld verkaufte (RP 1771 geh. fol. 24) und manche der Institute wie St. Katharina sogar angehalten werden mußten, ihren Bauern überhaupt zu helfen (RP 1771 geh. fol. 41 v. 23.3.1771), stieg das allgemeine Spekulationsfieber. Jeder der bares Geld hatte, steckte es in der Hoffnung auf satten Gewinn in Getreide und scheute sich selbst nicht, im eigenen Gmünder Territorium unter falschem Namen aufzukaufen und auswärts lohnender zu verkaufen, auch um Steuer zu sparen (RP 1771 geh. fol. 39 v. 20.3.). Gleichsam privilegierter – weil sie ihre Geschäfte direkt mit dem Magistrat machten – standen diejenigen Händler wie etwa Benedikt Weltle, die auf Ersuchen des Rates den Markt nach Getreide absuchten und fast um jeden Preis einkauften – und dann umso teurer wieder an den Magistrat zu verkaufen (RP 1771 geh. fol. 50 v. 104.). Ein solcher Glücksfall gelang augenscheinlich einem Gelegenheitshändler. Während der süddeutsche Markt von Getreide fast leergefegt war, lief der Getreidehandel von Danzig, Stettin und Amsterdam mit Korn aus dem Osten mächtig an. Besonders Danzig und Amsterdam wurden zu Zulieferern für viele Orte des südwestdeutschen Raumes. *„Danziger Getreide verzehrte man in Ochsenfurth am Main, auf der Hohenloher Ebene (Langenburg und Kirchberg), in Crailsheim und in Ellwangen. Rat und Bürgerschaft der Stadt Schwäbisch Gmünd kauften zusammen mit einem Gelegenheitshändler in Danzig 20 000 Malter zu 400 000 fl.“* (Abel, Massenarmut 221; der Kauf konnte in den Ratsprotokollen der Stadt und den Rechnungen allerdings nicht nachgewiesen werden.) Über einen Zwischenhändler in Würzburg, Öhninger, orderte man im April und Mai weitere 1000 Malter „Früchte aus Holland“, nachdem man bereits 1500 Malter bestellt hatte (RP 1771 geh. fol. 56 v. 26.4. und fol. 61 v. 3.5.) Herr Öhninger kam wegen der Größenordnung der Bestellung augenscheinlich in Verzug mit der Lieferung. Anfang Juni 1771 schrieb ihm der Magistrat, sofort und ohne Verzug für das schon erhaltene Geld das bestellte Getreide zu liefern, oder man werde ihn bei seiner Obrigkeit wegen Betruges anzeigen. Im August 1771 erfolgte dann noch eine weitere Lieferung „Holländischer Früchte“, wie man das Korn nun nannte, via Rhein und Neckar bis Heilbronn. Der Igginger Bauer Lorenz G., der sich weigerte, sein Pferd für einen Lastenkonvoi nach Heilbronn abzugeben, um dort das Korn einzuholen, wurde für sein renitentes Verhalten bestraft. Man konfiszierte sein Pferd und zählte ihm 25 Prügelhiebe auf den Rücken auf.

Trotz dieser Verbindung nach Amsterdam und Danzig hielt man zu Händlern der näheren Umgebung noch weiter Kontakt: Der Kaufmann Albrecht Rohm aus Dinkelsbühl kaufte mehrmals – und zum abgemachten Preis – zur Zufriedenheit des Gmünder Rats ein (RP 1771 geh. fol. 33 v. 9.3. und fol. 54). Trotz aller dieser Bemühungen, trotz des hohen Aufwandes, stieg der Brotpreis weiter und erreichte durch amtliches Fixing am 1.6.1771 seinen Höchststand mit 36 Kreuzern für das 3-Pfünder-Roggenbrot (RP 1771 geh. fol. 76). Die Folge war ein nochmaliger Inflationsausgleich für die städtischen Soldaten, der bis einschließlich August gezahlt wurde (RP 1771 geh. fol. 83 v. 16.6. und fol. 84; RP 1771 geh. fol. 193).

Mitte Juni 1771 bot der reiche Posthalter Achilles Stahl dem Magistrat an, den bedürftigen Bauern aus seinen Fruchtbeständen gegen Ausfallbürgschaft Getreide abzugeben; der Magistrat stimmte zu, unter der Voraussetzung, die Bauern müßten für diese Hilfe selbst aufkommen, *„widrigenfalls sie von obrigkeitswegen zur ohnausbleiblicher barer Bezahlung exekutive angehalten werden sollen“* (RP 1771 geh. fol. 85–86 v. 22.6.). Die Sommerernte geriet auch in diesem Jahr wegen des Wetters (vgl. Herrmann, Wetterbeobachtungen 117) schlecht, die Bauern konnten bis zum gesetzten Ziel, dem Bartholomäustag am



*Kontor eines Hamburger Großkaufmanns im 18. Jahrhundert, Kupfer von J. F. Fritsch*

24. August, ihre Schulden beim Posthalter nicht bezahlen, der daraufhin am 23. November seine Schulden einklagen mußte (RP 1771 geh. fol. 159 v. 23. 11.).

Im Juni kehrten die „Fruchtdeputierten" von ihren ausländischen Expeditionen zurück und wurden für erfolgreiche Arbeit belohnt (RP 1771 geh. fol. 81 und fol. 86). Das *„nicht mehr von den Bäckern, sondern (nur noch) in dem Waisenhaus unter obrigkeitlicher Aufsicht verkaufte"* Brot sank erstmals seit der „Verknappungskrise" statt zu steigen: Man notierte am 3. Juli für das Laib Roggenbrot 30 Kreuzer Abgabepreis (F. X. Debler, Chron. 145; RP geh. 1771 fol. 81). Bäcker, die weiterhin darauf bestanden, selbst Brot zu backen, wurde kein Mehl mehr aus der städtischen Schranne – also zu gestütztem Preis – abgegeben. Sie mußten sich ihr Getreide in Zukunft auf dem freien, privaten d. h. außerstädtischen Markt besorgen (RP 1771 geh. fol. 98 v. 13.7.). Lange ließ sich dieses Gebot gegen die protestierenden Bäcker nicht aufrecht halten. Am 21.8. erlaubte ihnen der Magistrat, vorhandenes Brot im Waisenhaus für 24 Kreuzer einzukaufen, was ihnen immerhin pro Laib dann einen Gewinn von 6 Kreuzern einbrachte (RP 1771 geh. fol. 118).

Angesichts der mageren Ernte häuften sich wie etwa in Unterböbingen Getreidediebstähle vom Feld weg (RP 1771 geh. fol. 107 v. 3.8.) oder die Tatsache, wie in Mögglingen, daß die Bauern aus Angst vor Wetterschäden gegen offizielles Verbot zu früh ernteten (RP 1771 geh. fol. 101 v. 20. Juli). Gegen Diebstähle aus den Zehentscheuern auf dem Land schützte sich das Heilig-Geist-Spital durch Armierungsarbeiten an seinen Vorrats-

kammern in Mögglingen, Bettringen und Weiler in den Bergen (Spitalrechnung 1771/72 fol. 117, 127–130). Aus Not, aber gegen die Regel, bebauten die Deinbacher Bauern in diesem Jahr auch das Brachfeld mit Getreide (RP 1771 geh. fol. 119 v. 17.8.), während die von Zimmerbach einen revolutionären Weg beschritten: Auf ihren ehemaligen nassen Kornfeldern pflanzten sie die neumodischen „Erdbiren" – also Kartoffeln, wohl als erste in unserer Gegend (RP 1771 geh. fol. 121 v. 31.8.1771. Dominikus Debler meldete den Erstanbau erst zum Jahr 1775, vgl. Dom. Debler, Chron. V/1 335: *„In diesem Jahr hat man angefangen Gemeindeteile auszuteilen und die Kartoffel, so man auch Erdäpfel nennt, Grundbirnen, knollige Nachtschatten kommen hier in Gang. Vorher wußte man sehr wenig davon, denn man glaubte, es wäre für die Schweine eine Nahrung").*

Im August geriet der Vorsitzende der reichsstädtischen Getreideversorgungskommission, der Kannengießer Daiber, gleich zweimal in politisches Gedränge. Das Stadtgericht Heilbronn erhob Klage gegen ihn wegen georderter Gerste, wohl aus Holland oder Danzig, die er mit Aufgeld bestellt und jetzt nicht mehr bezahlen wollte – wohl aus dem Grund, weil der Preis etwas gefallen war (RP 1771 geh. fol. 118 v. 21.8.). Gleichzeitig verbot ihm der Magistrat, neben dem erlaubten Verkauf des von ihm auch persönlich nach Gmünd geschafften Getreides noch zusätzlich Brot zu verkaufen, das er illegal im württembergischen Lorch backen und über die Grenze bringen ließ, um hier den grauen Markt zu bedienen. Die Strafe fiel – angesichts der sonstigen Meriten des Mannes – gering aus: Zwanzig Reichstaler hatte er als Buße in die städtische Kasse zu bezahlen (RP 1771 geh. fol. 119 v. 21.8.).

Einem anderen Lieferanten von Hafer, der anfänglich nicht bezahlt wurde, weil man die Qualität seines Getreides als miserabel ansah, gab man jetzt Ende August und im Angesicht der neuen schlechten Ernte, späte Genugtuung, indem man sich beim ihm entschuldigte, weil man erst jetzt erkannte, daß die Qualität des Hafers allgemein so schlecht war (RP 1771 geh. fol. 118 v. 21.8.). Ende September 1771 zog man dann auch die letzte Notbremse: Um Getreide lediglich für Brot zu verwenden, vereidigte der Magistrat die Müller, Branntwein oder Schnaps in Zukunft nur noch aus Obst herzustellen (RP 1771 geh. fol. 132 v. 26.9.). Zuwiderhandelnde wurden – wie aus einem Fall bekannt – mit Einzug des Kornschnapses und einer Geldstrafe von 25 fl abgebüßt (RP 1771 geh. fol. 138 v. 5.10.).

Und noch einmal – wenn auch wieder zwecklos – griff der Magistrat regulierend in das Marktgeschehen ein. Zwar wurden die fremden Brotträger auf den städtischen Märkten nicht verboten, durften aber ihr Brot nur an Fremde verkaufen und das erst nach Abhalten des offiziellen Marktes – eine Anordnung, die in ihrer Ausführung so unüberprüfbar war, daß sie scheitern mußte. Allerdings wollte man so vermeiden, daß Auswärtige in Gmünd bei Gmünder Bäckern Brot zum gestützten Preis einkauften: Anlaß dazu war die Feststellung, daß viele Abtsgmünder sich so billig mit Brot in Gmünd versorgten (RP 1771 geh. fol. 147 v. 26.9.). Die merkantilistische Politik der Reichsstadt, sich in der Frage des Getreideexportes abzuschotten, durch Verbote die Ausfuhr etwa nach Württemberg zu verbieten, hatte zweierlei Folgen. Einmal zahlte das Herzogtum Württemberg der Reichsstadt mit gleicher Münze heim und zum anderen, wo die Nachfrage groß blieb, das Angebot aber schwach, stiegen die Preise für Agrarprodukte kontinuierlich an, bildete sich in der Reichsstadt ein „grauer Markt" aus, der von Württemberg gespeist wurde (D. Debler, Chron. Bd. V/1, 262). *„Zum Verbot der Ausfuhr von Viktualien kamen die Behinderungen der Durchfuhr. Man forderte Zölle, pochte auf Stapelrechte, die zum Ausladen der Waren und Feilhalten am Orte zwangen, hielt Fuhrleute an, obwohl sie Durchfuhrscheine vorzuweisen*

*vermochten, oder verbot schlichtweg den Transit"* (Abel, Massenarmut 228). Auch Schwäbisch Gmünd litt darunter und ließ leiden: Sogar mit der Nachbarreichsstadt Dinkelsbühl hatte man kein Zollabkommen, mußte etwa über die Belastung jeder Fuhre Getreide extra verhandeln (RP 1771 geh. fol. 33 v. 9.5.). Die Anregung des Schwäbischen Kreises vom 23. März 1771, die Getreidesperre aufheben zu lassen und überall die Versorgung zu sichern, führte vorab zu keinem Ergebnis (Abel, Massenarmut 230; Herrmann, Wetterbeobachtungen 117). Um so wichtiger war es für die Reichsstadt Gmünd – besonders in wirtschaftlicher Hinsicht – mit dem flächengrößeren Herzogtum Württemberg zu einem Ausgleich bezüglich – wie es in den Quellen heißt *„Freyen commerciums"* – des freien und ungehinderten Warenaustauschs zu kommen. Am 5. Oktober 1771 sandte man eine große Delegation unter Führung von Amtsbürgermeister Storr und Stadtsyndikus Rein nach Stuttgart, die erreichen sollte, daß zumindest das erkaufte gmündische Getreide zollfrei durch die württembergischen Länder transportiert werden konnte (RP 1771 fol. 138 v. 5.13.). Ob die Mission erfolgreich war, läßt sich aus Quellenmangel nicht sagen. Fest steht jedenfalls, daß man bereits im Mai 1773, also ein knappes halbes Jahr nach der sog. Hungersnot, wieder auf jedes 1/4 Malter Korn eine Steuer von 5 Kreuzern legte (RP ganz 1773 fol. 51 v. 25.5.), was zumindest der Vermutung Raum gibt, daß eine Zollfreiheit zwischen Württemberg und Gmünd höchstens temporär abgeschlossen wurde. Die „Fruchtsperre" selbst wurde allgemein dann erst am 11. Februar 1772 durch kaiserliches Patent aufgehoben (RP 1772 ganz fol. 20 v. 11.2.).

Daß man es aber am Ende dieses Jahres mit seinen Souveränitätsrechten ganz genau nahm, zeigte paradigmatisch ein Vorkommnis in Straßdorf am 7. Dezember. Dort konfiszierte der Rechbergische Oberamtmann einigen Brotträgern aus dem Gmündischen, die vom Gmündischen versehentlich in den Rechberger Teil des Ortes gewechselt waren, auf der Stelle ihr Brot und gab es trotz Proteste nicht mehr heraus (RP 1771 geh. fol. 165 v. 7.12.). Immerhin versüßte der Gmünder Magistrat auch diesmal der Bevölkerung in Stadt und Land die wahrhaftig lausige Weihnachtszeit mit der Erlaubnis, auf *„St. Nikolaus . . . und in der Weyenacht"* Süßbrot backen zu dürfen (RP 1771 geh. fol. 163 v. 4.12.). Auch im Franziskanerkloster in Gmünd herrschte Ebbe. Der nun schon öfter zitierte Guardian vermerkte zum Jahresausgang 1771 in seiner Chronik (fol. 141): *„In arca inveni nihil pecuniarum praeter debita passiva . . . in cella vinaria zweieinhalb Eimer, in granario vier Malter zwei Viertel"*. Zu deutsch: *„In der Schatztruhe habe ich nichts außer Schulden gefunden . . . Im Weinkeller zweieinhalb Eimer und in der Getreidevorratskammer vier Malter und zwei Viertel."*

Zu der Verknappung des Getreides, zu dem offensichtlichen Hunger zumindest bei gewissen Kreisen, trat gegen Ende des Jahres 1771 eine neue viel schlimmere Plage. Infolge der Brotknappheit . . . *„haben die Leute Wurzeln gegraben, gesotten und Grasen und zerschiedene Wald- und Garten, Wiesenkräuter gesammelt . . . und ein Grünkraut daraus gemacht, darauf ist eine hitzige Krankheit erfolgt, waren auch sehr viele daran gestorben"* (D. Debler, Chron. V/1 332). Was diese Krankheit nun ausmachte, ist mit Sicherheit nicht zu sagen: *„Die Menschen waren für chronische Infektionskrankheiten besonders anfällig"*, schreibt Manfred Vasold in seinem 1991 erschienenen Buch „Pest, Not und schwere Plagen: Seuchen und Epidemien vom Mittelalter bis heute" (S. 195). *„In diesen schlechten Zeiten stieg daher die Sterblichkeit. Sie erreichte, von einem hohen Niveau ausgehend, zu Beginn der 1770er Jahre noch einmal einen Höhepunkt. Sie stieg nicht, weil Menschen jetzt buchstäblich verhungerten – das geschah wohl nur in den seltenen Fällen – häufiger starben Menschen an akuten Darmerkrankungen, weil sie in ihrer Not ungenießbares zu*

*sich genommen hatten"* (Vasold, Seuchen 195). Auf den rein ärztlichen Befund dieser Seuche kann und soll hier nicht eingegangen werden. Über die Volkskrankheiten von 1770 bis 1772 ist im übrigen ein ganzes Buch Mitte der 30er Jahre des 19. Jhdts. verfaßt worden (I. F. C. Hecker, Geschichte der neueren Heilkunde Bd. 1, Berlin, 1839; zur Sache vgl. Abel, Massenarmut 254–255), das die „Hungerkrankeit" dieser Verknappungsjahre unter den Bezeichnungen wie hitziges Fieber, Nervenfieber, Brustkrankheit, Durchfall, Auszehrung und Wassersucht zusammenfaßt. Die Seuche – oder genauer wohl die Durchfallepidemie – begann im November 1771 in Gmünd und endete mit Beginn des Juli 1772. Während sonst in der Regel in Schwäbisch Gmünd während der Monate November und Dezember 10 bis 12 Personen verstarben, waren es im selben Zeitraum des Jahres 1771 35 erwachsene Menschen, und von Januar bis Juli steigerten sich die Zahlen beträchtlich. In einem Normaljahr wie 1773 verstarben 83 erwachsene Menschen, im Faulfieberjahr 1772 182 – also ein Anstieg über 100 %, oder genauer 100 Tote mehr als üblich. Legt man als Gegenmeßlatte die Zahl der Eintragungen im Taufbuch des Münsters mit rund 200 Kindern für 1771 an, so war die Sterblichkeitsrate in Schwäbisch Gmünd selbst auf dem Höhepunkt der Krise noch immer unter der Geburtenrate. Die Franziskanerchronik von Gmünd legte den Höhepunkt der Seuche in den Monat Februar 1772: *„Elapso mense plurimi obiere in civitate morbo mirabili epidemico ... im vergangenen Monat Februar sind die meisten an dieser merkwürdigen epidemischen Krankheit gestorben ..."* eine Feststellung, die jedoch der Statistik des Sterbebuchs der Münsterpfarrei widerspricht. Dort wird der Höhepunkt im März 1772 mit 37 Verstorbenen verzeichnet – der Mesner fügte mit eigener Hand dieser Eintragung noch hinzu: *„Anoch das faule Fieber"*; im Juli 1772 ist mit 5 Personen im Sterberegister wieder Normalstand erreicht, zu einer Zeit, als die neue Sommerernte des Jahres 1772 begann und die Brotpreise zu fallen begannen.

**„Denn die kargen Zeiten dauern bis jetzt an; alles Gewerbe liegt hier darnieder"** (Jahresspruch für 1772 in der Gmünder Franziskanerchronik fol. 142).

Der Höhepunkt der Krise war im März 1772 erreicht; im Januar 1772 mußte man das Spital wegen „Überbesetzung von armen Leuten" für alle Neuzugänge sperren, die an eine neugegründete Betteldeputation verwiesen wurden (RP 1772 ganz fol. 1–2 v. 11.1.), auf Betreiben des Augustinerpriors mußte der Magistrat allen zinspflichtigen Bauern des Klosters mit der Zwangseintreibung ihrer ausstehenden Abgaben drohen (RP 1772 geh. fol. 4 v. 8.1.). Man ließ nun trotz des Protestes der gmündischen Bäcker (RP 1772 geh. fol. 19 v. 15.2.) alle Restriktionen fallen: *„Jetzigen Noth können denen fremden Brodtträgern oder Brodt- und Mehlverkäufer nicht verbotten werden, so harth es auch vor die hiesigen Becken leyder fallen wird, weilen mehrers an dem Publico als an dem Privato gelegen"* (RP 1772 geh. fol. 11 v. 22.1).

Während es im Korngeschäft immer ungenierter zuging – der Früchtekommissar Daiber mußte einen limpurgischen Bauern in Arrest legen, weil der trotz Geld nicht lieferte, der Gmünder Kornhändlerin Theresia Fischer drehte man Falschgeld an (RP 1772 ganz fol. 23 v. 11.2) – ließ das Gerücht von der bevorstehenden Aufhebung der Getreidesperre den Brotpreis auf Talfahrt gehen: Am 26.1. wurde das Laib Brot auf 12 Kreuzer festgelegt, ein Preis wie in tiefsten Friedens- und besten Erntezeiten. Allerdings schlug die Aufhebung der Getreidesperre nicht ganz so andauernd am Markt durch. Im April stand der Brotpreis schon wieder auf 21 Kreuzer, um dann nach der guten Ernte im September sich bei 18 Kreuzern zu stabilisieren (RP geh. 1772 fol. 47 v. 8.4. und fol. 138 v. 18.9.). Aber noch im

Vorfeld dieser Preisstabilisierung im Mai und Juni 1772 – also noch vor der Ernte – blieb der Brotpreis mit 21 und 22 Kreuzer verhältnismäßig hoch (RP geh. 1772 fol. 61 v. 23.5. und fol. 74 v. 23.6.) und veranlaßte wiederum den Magistrat, den Verkauf von Getreide aus der städtischen Schranne an Auswärtige kategorisch zu verbieten (RP 1772 geh. fol. 69 v. 106.).

Die allgemeine Nervosität vor der neuen Ernte stieg. Die Erzeuger – die Bauern – nämlich gingen, gewitzt durch die schlechte Erfahrung der beiden vergangenen Jahre, wieder verstärkt dazu über, das Getreide vor der Reife zu ernten, und mußten mit schweren Strafandrohungen davon abgehalten werden (etwa RP 1772 geh. fol. 88 v. 24. Juli), die Spekulanten versuchten noch kurz vor der Ernte, ihr teuer eingekauftes Getreide gewinnbringend loszuwerden. Da und dort kam es auch zu Übergriffen: Die spitalischen Bauern aus Dewangen beschlagnahmten im August widerrechtlich zwei Wagen mit Getreide, die einem „lutherischen" woellwarthischen Bauern aus Laubach gehörten. Die Gmünder Verwaltung bemühte sich, die Affäre sofort zu bereinigen. Dem Bauern wurde das konfiszierte Getreide zurückerstattet, bei Woellwarth entschuldigte man sich (RP 1772 geh. fol. 95 v. 12.8).

Im September 1772 war der Spuk mit einem Schlag vorbei, die „Versorgungskrise" endete mit der guten Ernte. Psychologisch dauerte sie aber noch über ein Jahr an, mit einem künstlich gehaltenen Brotpreis sowie dem Gebot, die städtische Schranne in Zukunft zuerst zu beliefern, und dann erst den freien Markt. Normalität wurde am 23. November 1773 erreicht, als man wieder erlaubte, aus Gerste Bier zu brauen, und als im Jahr 1774 erneut eine gute Ernte eingefahren wurde, pendelte sich der Brotpreis für das vierpfündige Laib endgültig bei 11 Kreuzern ein (RP 1773 ganz fol. 99 v. 23.11.; RP 1774 geheim fol. 282 v. 19.10.).

Es bleibt, ein vorsichtiges Resumee zu ziehen. Nach der Chronik des Dominikus Debler (Chron. V/1, 333) kostete allein die Stützung des Brotpreises in der Stadt den Magistrat 80 000 fl, eine Summe, die allerdings viel zu niedrig eingeschätzt sein dürfte. Wo und aus welcher Kasse dieser Abmangel finanziert wurde, ist nicht mehr auszumachen. Der Etatposten in den Stadtrechnungen der Jahre 1770/72, der extra für Korneinkäufe eingerichtet wurde, vermerkt – man höre und staune – keine einzige Summe für den Einkauf; auch die sonst beliebte Regel – wie sie etwa nachweisbar in Esslingen in diesen Jahren praktiziert wurde – sich die benötigten Mittel aus dem Haushalt des Spitals zu nehmen und dann die Rückzahlung zu vergessen, kann in Schwäbisch Gmünd anhand der Spitalrechnungen nicht nachgewiesen werden. Geht man allein von diesen Rechnungen aus, so hat es in Schwäbisch Gmünd in den Jahren 1770–1772 keine Verknappungskrise gegeben. Bleibt nur der vorsichtige Schluß, daß der Magistrat seine Getreideeinkäufe über nicht mehr verifizierbare Mittel, etwa aus Geheimkassen, finanziert hat.

Die Hungerkrise hatte allerdings für einen der Stadtbürger noch einen überaus positiven Ausgang: Am 8. August 1774 feierte der Posthalter Achilles Stahl auf dem Gmünder Marktplatz ein rauschendes Fest für alle mit Musik bis über 12 Uhr in der Nacht (Chronik Franziskaner fol. 155), weil er vom Kaiser geadelt wurde – eben wegen seiner Bemühungen für die Versorgung der Bevölkerung in Gmünd mit Getreide in diesen Krisenjahren (D. Debler Chron. V/1, 333).

# einhorn Jahrbuch
# SCHWÄBISCH GMÜND 1994






Einhorn-Verlag Eduard Dietenberger GmbH Schwäbisch Gmünd

einhorn-Jahrbuch Schwäbisch Gmünd
21. Jahrgang / 1994
Herausgegeben von Eduard Dietenberger

Redaktion: Ulrich Stegmaier
Für Anzeigen verantwortlich: Gerhard Nagel
Gesamtherstellung: Einhorn-Druck GmbH Schwäbisch Gmünd


ISSN 0723-0877
ISBN 3-927654-42-6

BILDNACHWEIS

Stadtmessungsamt S. 9, 11, 12, 14, 17, 18, 22, 25, 52
Pressestelle S. 10, 28
Stadtgarten S. 27
Museum für Natur & Stadtkultur S. 39, 40, 41, 42, 44, 45, 46, 47, 48, 155, 187(2), 188, 189
Stadtarchiv S. 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 80, 82, 86, 87, 93, 95, 98, 99, 100, 104, 110, 116, 118, 119, 187(1)
Eduard Stanzel S. 54
Archiv Realschulseminar S. 56, 57, 59, 61, 63
Johannes Schüle S. 65, 77
Foto Schweizer S. 68, 69, 72, 73, 76
Privat S. 78, 79, 171
Archiv Einhorn-Verlag S. 101, 103, 154(1), 156(2), 158
Eugen Fischer S. 122, 123, 124, 125
Heike Krause-Schmidt S. 132, 133, 134, 136, 137, 138, 140, 143, 145, 146
Theo Zanek S. 150
Bauordnungsamt S. 152, 153, 154(1), 156(1), 186

Umschlagfoto: Innenhof des Spitals mit dem Amtshaus aus dem Jahre 1434
und den Plastiken von Maria Kloss.
Eduard Stanzel